



Mainz, den 24. Mai 2023

**Stellungnahme der CDU-Fraktion zu den Beschlüssen des Deutsch-Französischen  
Schüler-Landtags zum Thema „Energiewende und Klimaschutz“:  
- Vorlage 18/3713 -**

Sehr geehrte Schülerinnen und Schüler,

mit Schreiben vom 18. Mai 2023 hat die CDU-Fraktion die im Betreff genannten Beschlüsse erhalten und bedankt sich für die Gelegenheit, eine entsprechende Stellungnahme abzugeben.

Grundsätzlich bleibt als Vorbemerkung festzuhalten, dass wir es ausdrücklich begrüßen, wenn der deutsch-französische Schülerdialog fortgeführt und intensiviert wird. Insbesondere freut es uns, wenn im Rahmen dieses Formats über die zukunftsweisenden Fragen der Energiewende und des Klimaschutzes diskutiert werden. Die Klimaneutralität kann uns nur dann gelingen, wenn wir über nationale und europäische Grenzen hinausdenken und internationale Ziele definieren. Es steht außer Frage, dass es unser gemeinsamer Kraftakt sein muss, die Klimaziele zu erreichen. Das sind wir unserem Planeten sowie unseren nachfolgenden Generationen schuldig. Als Christdemokraten sehen wir es auf Grund unseres Wertemusters sowie aus einer Verbundenheit zu unserem christlichen Glauben heraus als Pflicht, dafür einzustehen. Insbesondere ein bewusster und achtsamer Umgang mit natürlichen sowie begrenzten Ressourcen ist hier ein wesentlicher Indikator. Zudem ist es als CDU unser Anspruch, den Märkten zu vertrauen und im Sinne der sozialen Marktwirtschaft zu agieren. Wir brauchen eine Politik, die für die richtigen Rahmenbedingungen sorgt. Wir benötigen eine Politik, die Innovation und Fortschritt ermöglicht, die junge Menschen dazu begeistert, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und die den Gründergeist fördert. Bei der Energiewende benötigen wir einen Fahrplan, der den Kommunen, den Energieversorgern und vor allen den Bürgerinnen und Bürgern einen Weg aufzeigt, wie die Energieversorgung in Zukunft gemeinsam und vor allem finanziell darstellbar organisiert werden kann.

Gerade der Zertifikathandel wird als wirtschaftspolitisches Instrument für die ökologische Transformation im europäischen Raum maßgeblich. Doch im globalen Kontext ist es essentiell, dass die weltweit größten Emittenten ebenfalls ihre Verantwortung erkennen und in der Klimapolitik nachjustieren. Die Diskussionen um COP 27 in Ägypten haben leider aufgezeigt, dass vor allem die Standpunkte der USA und China noch weit weg von einem globalen Zertifikatshandel sind. In der Konsequenz müssen wir erkennen, dass es unser Ziel sein muss, die Klimaneutralität bis 2045 bei gleichzeitigem Erhalt der Wirtschaftskraft zu erreichen.

Zu den Beschlüssen unter Punkt 1:

Diese Beschlüsse werden vollumfänglich von der CDU-Fraktion begrüßt und im weiteren parlamentarischen Verfahren aufgegriffen. Insbesondere der Beschluss 1.3. ist bereits umfassender Gegenstand der CDU-Initiativen. So hat die Fraktion im Rahmen der Haushaltsdebatten 2023/2024 mit der Drucksache 18/5078 einen entsprechenden Antrag eingereicht. Dieser wurde von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt. Des Weiteren hatte die CDU-Fraktion mit der Drucksache 18/4820 eine umfassende Novellierung des Landessolargesetzes gefordert. Für die CDU steht fest, dass Photovoltaik auf dem Dach das neue normal werden muss. Auch diese Forderung wurde von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt.

Zu den Beschlüssen unter Punkt 2:

Diese Beschlüsse werden vollumfänglich von der CDU-Fraktion begrüßt und im weiteren parlamentarischen Verfahren aufgegriffen. Insbesondere zu den Beschlüssen 2.1. sowie 2.2. hat die CDU-Fraktion verschiedene Initiativen ins Plenum eingebracht. Besonders zu nennen sind hier der Haushaltsantrag zur Förderung von Bürgerbussen, dem Ausbau von Mobility on Demand Angeboten oder auch ein kostenfreies Deutschlandticket für alle Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz (Hier z.B. die Drucksache 18/6279). Diese Initiativen wurden alleamt von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt.

Zu dem Beschluss unter 2.3. sei uns noch die Ergänzung erlaubt, dass mit dem Voranschreiten der Elektromobilität auch neue Potenziale für die Radmobilität in ländlich geprägten Regionen erschlossen werden können. Hier bedarf es einen entsprechenden Ausbau einer radfreundlichen Infrastruktur entlang klassifizierter Straßen (Kreis-, Landes- und Bundesstraßen). Insbesondere das mangelhafte Engagement der Landesregierung bei den Kreis- und Landesstraßen kritisieren wir als CDU-Fraktion.

Zu den Beschlüssen unter Punkt 3:

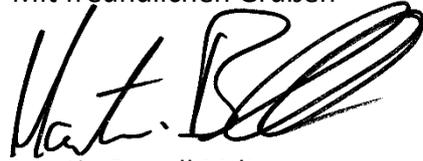
Diese Beschlüsse werden in weiten Teilen von der CDU-Fraktion begrüßt und im weiteren parlamentarischen Verfahren aufgegriffen. Lediglich unter Beschluss 3.2. geben wir den Hinweis, dass wir es inhaltlich für falsch halten, wenn versucht würde, das Ziel über rechtliche Verbotsmechanismen zu erreichen. Als CDU-Fraktion sprechen wir uns dafür aus, die Potenziale

bereits bestehender Recycling-Gesetze und Verordnungen zu nutzen. Dazu gehört es insbesondere, rechtliche und bürokratische Hemmnisse wie beispielsweise überbordende Dokumentationspflichten im Bereich der Ersatzbaustoffverordnung auf Bundesebene, abzumildern und zu überwinden. Es müssen weiterhin marktorientierte Anreize geschaffen werden.

Zu den Beschlüssen unter Punkt 4:

Diese Beschlüsse werden vollumfänglich von der CDU-Fraktion begrüßt und im weiteren parlamentarischen Verfahren aufgegriffen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mart. Brandl', with a large, stylized flourish at the end.

Martin Brandl MdL